

Stephanie Puls

*Dagobert Duck und die
Luxemburg-Sparer*

Zugleich eine Untersuchung zu den
vorgeleisteten Begünstigungen durch
neutrale Handlungen



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	XXI
1.Kapitel: Einführung	1
A. Problemstellung	1
B. Gang der Darstellung	3
2.Kapitel: Beschreibung eines Durchschnittsfalls	5
3.Kapitel: Die Ursachen der Kapitalverlagerungen zu Beginn der 90er Jahre	9
A. Gründe für die Finanzanlage im Ausland	9
B. Rechtliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Vermögensverlagerungen	12
C. Die Zinseinkünfte im deutschen Einkommensteuerrecht	14
I. Die Besteuerung: Zinsen als steuerbare Einkünfte des EStG	15
1. Die sachliche Einkommensteuerpflicht	15
2. Die persönliche Einkommensteuerpflicht	16
II. Die Versteuerung: Erhebung der Zinseinkünfte	17
1. Rechtslage bis 1993	17
a) Kapitalerträge mit Quellensteuerbelastung (Kapitalertragsteuer)	17
b) Kapitalerträge ohne Quellensteuerbelastung	18
aa) Geltung des Deklarationsprinzips	18
bb) Der Bankenerlaß 1979	19
cc) Sondersituation im ersten Halbjahr 1989	20
c) Beurteilung dieses Zustands in Literatur und Rechtsprechung	21
d) Das Zinsurteil des Bundesverfassungsgerichts	24
2. Rechtslage ab 1993: Geltung des Zinsabschlags	26
a) Überblick über die Neuregelung	27
aa) Erweiterung des Katalogs der quellensteuerpflichtigen Kapitalerträge	27
aaa) Zinsen aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art	28
bbb) Sonstige Erweiterungen	29

bb) Vom Abzug betroffener Personenkreis	30
cc) Durchführung des Zinsabschlags	30
dd) Höhe des Zinsabschlags	32
ee) Abstandnahme vom Zinsabschlag	33
b) Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Neuregelung	35
aa) Kapitalangebot im Geltungsbereich des Zinsabschlag- gesetzes	35
bb) Kapitalnachfrageverhalten	38
cc) Luxemburg als klassisches Zufluchtsland für das abgewanderte Kapital	39
dd) Andere Ausweichmöglichkeiten: Neue Finanzinno- vationen	42
3. Zusammenfassung	44
D. Ermittlungsmöglichkeiten der Finanzverwaltung im Bereich der Zinseinkünfte	45
I. Überblick über die Ermittlungsbefugnisse der Finanzverwaltung	45
II. Die Ermittlung von Zinserträgen und § 30 a AO	48
1. Existenzberechtigung des § 30 a AO ?	49
2. Bedeutungsgehalt des § 30 a AO	51
a) Das Verbot der allgemeinen Überwachung in § 30 a II AO und Sammelauskunftsersuchen an Kreditinstitute	53
b) Kontrollmitteilungen anlässlich von Außenprüfungen bei Kreditinstituten (§ 30 a III AO)	56
aa) Absolutes Verbot der Ausschreibung von Kontrollmitteilungen oder gebundenes Ermessen ?	58
bb) Stellungnahme: Zulässigkeit von Kontrollmitteilungen bei Verdacht auf Steuerverkürzungen im Einzelfall	59
III. Möglichkeiten bei ausländischen Sachverhalten	61
IV. Zusammenfassung zu den Ermittlungsmöglichkeiten	63
E. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die gegenwärtige Rechts- lage	63
F. Ergebnis: Steuerrechtliche Ursachen der Kapitalverlagerungen	67

4.Kapitel: Das Transfersystem	69
A. Allgemeine banktechnische Grundlagen	69
I. Das Korrespondenzbankkonto	69
II. Die Kassenjournale/ -streifen	70
III. Die Buchungsbelege	71
IV. Die auf Mikrofiches verfilmten Handelsbücher zu den Konten	71
B. Einzelheiten zum Vermögenstransfer	72
I. Eröffnung eines (Depot-) Kontos	72
II. Einzahlungen auf das ausländische (Depot-) Konto des Kunden	75
1. Ablauf	75
2. Identifizierung des transferierenden Kunden durch Ermittlungs-	
behörden	76
III. Auszahlungen und Abbuchungen vom ausländischen Konto	78
IV. Zusammenfassung	80
5.Kapitel: Verantwortlichkeit der steuerunehrlichen Kunden	83
A. Steuerhinterziehung in Bezug auf die Zinsen	84
B. Der Kapitalstamm	88
6.Kapitel: Die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter der Kreditinstitute	91
1. Teil: Präzisierung des zu untersuchenden Personenkreises	93
2. Teil: Beteiligung an der Steuerhinterziehung	95
A. Grundlagen	95
I. Beteiligtenbegriff und restriktiver Täterbegriff	95
II. Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme	95
B. Mittäterschaftliche Steuerhinterziehung der Mitarbeiter	96
I. Voraussetzungen dieser Beteiligungsform	96
II. Vorliegen jener Erfordernisse	97
C. Anstiftung zur Steuerhinterziehung	98
I. Das vorsätzliche "Bestimmen" zur vorsätzlichen und	
rechtswidrigen Haupttat	98
II. Problematik des omnimodo facturus	99
D. Beihilfe zur Steuerhinterziehung	101
I. Anforderungen an das Hilfeleisten	101

1. Die unterschiedlichen Auffassungen zum Begriff des Hilfeleistens	103
a) Die Gefährdungstheorien	104
b) Die Förderungsformel der Rechtsprechung	106
c) Die Kausalitätstheorien	107
d) Stellungnahme unter Berücksichtigung des Strafgrundes der Teilnahme	109
aa) Strafgrund der Teilnahme	109
aaa) Akzessorietätsorientierte Betrachtung	109
bbb) Verselbständigung des Teilnahmeunrechts	110
(1) Der Gedanke der Mitverursachung der Rechtsgutsverletzung	111
(2) Der Solidarisierungsgedanke	112
ccc) Der akzessorische Rechtsgutsangriff (Kombination)	113
ddd) Stellungnahme: Kombination vorzugswürdig	113
bb) Hilfeleisten als kausale Mitverursachung ergänzt um Elemente der objektiven Zurechnung	114
II. Kausale Verursachung der nachfolgenden Steuerhinter- ziehungen durch Bankmitarbeiter ?	118
1. Physische Beihilfe durch positives Tun	119
2. Psychische Beihilfe durch positives Tun	120
a) Intellektuelle Einwirkung	121
b) Voluntative Einwirkungen	121
aa) Bestärken des Täters im Tatentschluß durch einzelne Aussagen	121
bb) Vorgeleistete Strafvereitelung und Begünstigung durch Bereitstellung des Transfersystems ?	122
cc) Grundsätzliche Möglichkeit der psychischen Beihilfe durch vorgeleistete Begünstigung und Strafvereitelung und ihr Verhältnis zu den §§ 257 I, 258 I StGB	123
aaa) Gefahr der Anerkennung der psychischen Beihilfe durch voluntative Beeinflussung	125

(1) Ablehnung der psychischen Beihilfe außerhalb der Rathilfe von Teilen des Schrifttums	127
(2) Stellungnahme: Psychische Beihilfe auch durch voluntative Beeinflussung möglich	128
bbb) Verhältnis der Beihilfe zu den §§ 257, 258 StGB	130
(1) Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Begünstigungstatbestände	131
(2) Herkömmliche Bestimmung des zeitlichen Anwendungsbereichs der Begünstigungstatbestände	133
(3) Stellungnahme: Anwendungsbereich der §§ 257 I, 258 I StGB eigenständig zu bestimmen	137
(a) Eigenständigkeit der §§ 257 I, 258 I StGB in Bezug auf Schutzgut und Wesen	138
(b) Zeitliche Verselbständigung: Zeitpunkt der Vornahme der Tathandlung irrelevant	139
(c) Konstruktive Bedenken ?	141
(4) Folge der geschichtlichen Entwicklung: Vorgeleistete Begünstigung nach dem Wortlaut nicht möglich	142
(5) Vorgeleistete Strafvereitelung wird dagegen vom Wortlaut des § 258 I StGB erfaßt	144
(6) 1. Zwischenergebnis: Beihilfe und §§ 257 I, 258 I StGB sind tatbestandlich unabhängig voneinander	144
(7) 2. Zwischenergebnis: Auch Parallelität oder Gleichklang besteht nicht	145
3. Folgen für die Bankmitarbeiter	146
III. Zurechenbarkeit der verursachten Steuerhinterziehungen:	
Verwirklichung einer rechtlich verbotenen Gefahr ?	148
1. Kausale Beiträge mit eindeutig deliktischem Sinnbezug	148
2. Kausale Beiträge ohne eindeutig deliktischen Sinnbezug	149
3. Neutrale beziehungsweise berufstypische Handlungen und Beihilfe	150
a) Die Notwendigkeit einer differenzierten Lösung	150
b) Die herkömmlichen Abgrenzungsversuche	151

aa) Übersicht über die konkreten Strafbarkeitskriterien	151
bb) Die unterschiedlichen Begründungsansätze für diese Strafbarkeitskriterien	155
aaa) Restriktionen im objektiven Beihilfetatbestand	155
(1) Einschränkung mittels Kriterien der Sozialadäquanz und der professionellen Adäquanz	155
(2) Einschränkungen durch Verhältnismäßigkeits- gesichtspunkte und Güterabwägung	155
(3) Begrenzung des Tatbestands durch Betrachtung des Inhalts der verletzten Norm	156
(4) Entfallen der Tatbestandsmäßigkeit bei Erfüllung zivil- rechtlicher Pflichten	157
(5) Erfordernis eines deliktischen Sinnbezugs beziehungs- weise tatspezifischer oder immanent deliktsgefähr- licher Beiträge	157
(6) Lösungen mittels anerkannter Modelle der Lehre von der objektiven Zurechnung	158
bbb) Behandlung im subjektiven Tatbestand	163
ccc) Bewältigung der Problematik in der Rechtswidrigkeit	164
c) Auswertung der Lösungsansätze	165
aa) Dogmatischer Standort der Lösungsfindung	165
aaa) Einwände gegen die Problemlösung im subjektiven Tatbestand und auf der Ebene der Rechtswidrigkeit	165
bbb) Bedenken an den von der Lehre von der objektiven Zu- rechnung abweichenden Lösungsansätzen (objektiver Tatbestand)	166
(1) Kritische Überlegungen zur Sozialadäquanz und der professionellen Adäquanz	166
(2) Ablehnung von Verhältnismäßigkeitsbetrachtung und Güterabwägung	169
(a) Einwände gegen hypothetische Betrachtungen	169

(b) Keine "Vor- Wertung" der §§ 138, 139, 323 c StGB	170
(3) Bedenken gegen die Tatbestandsbegrenzung durch Betrachtung des Inhalts der verletzten Norm	172
(4) Unzulänglichkeit der Abwägung mit der Erfüllung zivilrechtlicher Pflichten	172
(5) Kritik am Erfordernis eines deliktischen Sinnbezugs beziehungsweise tatsächlicher oder immanent de- liktgefährlicher Beiträge	173
ccc) Vorteil einer Lösung mittels der Lehre von der objekti- ven Zurechnung: Systemkonformität	175
bb) Präzisierung der objektiven Zurechnungskriterien	176
aaa) Grundlegung	176
bbb) Kritik an erlaubtem Risiko und Vertrauensgrundsatz	178
ccc) Die Verhaltensmodifikation als Instrument der werten- den Abgrenzung von Verantwortungsbereichen	179
(1) Möglichkeit der Abgrenzung von Verantwortungs- bereichen auch bei der Teilnahme	182
(2) Ablehnung der Übernahme soziologischer Analysen und Rollenbilder	183
(3) Bestimmung des zu erwartenden Verhaltens	186
(a) Verletzung von kodifizierten schutzgutsbezo- gen Berufsregeln und Sorgfaltspflichten	186
(b) Verhaltensgebote aus Garantstellungen	187
(4) Erwartungen außerhalb des kodifizierten Bereichs	190
cc) Zusammenfassung	193
d) Anwendung dieser Zurechnungskriterien in der Kapital- exportthematik	193
aa) Verletzung beziehungsweise Umgehung des § 154 AO als gesetzlicher Verhaltenserwartung	194
aaa) Die Zwischenschaltung des Korrespondenzbank- kontos	197
(1) Konto im Sinne des § 154 AO	197

(2) Art des Korrespondenzbankkontos	198
(3) Verletzung des § 154 I, II AO	199
(4) Umgehung des § 154 II AO	201
bbb) Die anonymisierten Belege	204
(1) Verletzung des § 154 I, II AO	204
(2) Umgehung des § 154 I, II AO	211
ccc) Die Vorgänge beim Kapitalrückfluß	211
(1) Scheckrechtliche Ausgangslage	213
(2) Verstoß gegen § 154 I, II AO	214
ddd) Zusammenfassung	217
bb) Ausschließlich deliktische Verwendung des Beitrags	218
4. Ergebnis zur Zurechenbarkeit	223
IV. Sonstige Voraussetzungen der Beihilfestrafbbarkeit	224
V. Strafrechtliche Verantwortlichkeit leitender Angestellter und der Vertreter des Instituts ?	226
3. Teil: Strafbarkeit nach den §§ 257, 258 StGB	229
A. Vorgeleistete Strafvereitelungen	230
I. Voraussetzungen des § 258 StGB	230
II. Konkurrenzverhältnis zur Beihilfe	231
1. Konsumtion in Form der mitbestraften Begleittat oder Tat- einheit	232
2. Ansichten im Schrifttum	233
3. Stellungnahme: Idealkonkurrierendes Verhältnis	234
a) Gesetzliche Ausgangslage	234
b) Voraussetzungen der mitbestraften Begleittat	237
B. Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 257, 258 StGB bei ab- geschlossenen Steuerhinterziehungen	239
I. Begünstigung bezüglich der in der Vergangenheit hinterzogenen Beträge	239
1. Durchsetzbarkeit des Anspruchs	241
2. Keine über die Hinterziehung hinausgehende Erschwerung der Durchsetzbarkeit	242

3. Zusammenfassung	243
II. Strafvereitelung hinsichtlich der in der Vergangenheit vollendet hinterzogenen Beträge	243
7. Kapitel: Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei den Kredit- instituten	245
1. Teil: Das nichtexistente Bankgeheimnis im Strafverfahren	247
2. Teil: Durchsuchungen von Kreditinstituten	251
A. Einordnung der gegenwärtigen Durchsuchungen	251
B. Rechtmäßigkeit exemplarischer Durchsuchungen	253
I. Der Verdächtige im Sinne des § 102 StPO	253
1. Zurechnung einer etwaigen Verdächtigeneigenschaft zum Kredit- institut ?	254
2. Durchsuchung gemäß § 102 StPO bei Mitarbeitern des Kreditinstituts als verdächtige Personen	257
a) Innehabung des Hausrechts nicht notwendig	257
b) Tatsächliche (Mit-) Nutzung und (Mit-) Beherrschung maßgeblich	258
c) Teilnahmeverdacht gegen bestimmte Bankmitarbeiter	260
aa) Haupttat(en)	261
aaa) Argumentation der Ermittlungsbehörden und Gerichte	261
(1) Anhaltspunkte für Steuerhinterziehungen durch an- dere Kunden	262
(2) Transfer gerade nach Luxemburg und genau zu diesem Zeitpunkt	262
(3) Hauptargument: Verschleierungen des Transfers	263
bbb) Analyse und Beurteilung	264
(1) Europarechtliche Tragweite	264
(2) Die Anonymisierung des Transfers	266
(a) Regelmäßige Zwischenschaltung des Korres- pondenzbankkontos	267
(b) Belegverfälschungen	270

(3) Notwendigkeit konkreter Anhaltspunkte für Steuer-	
hinterziehungen weiterer Kunden	271
ccc) Unzulässigkeit von Scheinverfahren	272
bb) Vorsätzliche Hilfeleistungen	274
aaa) Tatbezogenes Element	274
bbb) Die der Beihilfe verdächtigen Angestellten (personenbezogene Komponente)	277
II. Formelle Anforderungen an Durchsuchungsanordnungen	281
1. Angaben zur Art der hinterzogenen Steuer sowie zum Hinter-	
ziehungszeitraum	283
2. Angaben zum Lebenssachverhalt	284
3. Angaben zu den Durchsuchungsobjekten und -zielen	286
a) Die zu suchenden Beweismittel	286
b) Durchsuchungsobjekte	288
4. Auswirkungen des ersten Beschlusses des Bundesverfassungs-	
gerichts im Verfahren der Dresdner Bank AG	290
III. Gesamtergebnis zur Anordnung der Durchsuchung	291
IV. Zulässige Vorfeldermittlungen der Steuerfahndung während	
der Zwangsmaßnahme im Institut ?	292
1. Keine Zufallsfunde im Sinne des § 108 I S. 1 StPO	296
2. Allgemeine Steueraufsicht der Fahndung ?	297
a) Die Ansicht des Bundesfinanzhofs	299
b) Stellungnahme: Steuerliche Befugnisbegrenzung durch § 30 a III AO	300
3. Ergebnis	303
V. Verhältnismäßigkeit	303
1. Ungeeignetheit der Wiederherstellung der steuerlichen Be-	
lastungsgleichheit als Abwägungskriterium	303
2. Abwendungsbefugnis als milderes und gleich geeignetes Mittel	305
3. Keine unrechtsverstärkende Wirkung des Gesamtausmaßes der	
verfolgten Taten	306

3. Teil: Folgen der rechtswidrigen Durchsuchungen für die Beschlagnahme bei den Instituten	307
A. Vorliegen von Beschlagnahmeverboten infolge fehlerhafter Durch- suchungen ?	307
I. Ermittlung der Folgen fehlerhafter Durchsuchungen	309
II. Verwertungsverbot bei Durchsuchungen ohne Ermäch- tigungsgrundlage ?	311
III. Verwertungsverbot bei unbestimmten Durchsuchungs- beschlüssen ?	312
B. Ergebnis	313
4. Teil: Auswirkungen der strafprozessualen Verwertungsverbote auf das Besteuerungsverfahren der Bankkunden ("über- greifende Verwertungsverbote")	315
A. Die Ansicht des Bundesfinanzhofs	316
B. Literatur: Grund der strafprozessualen Unverwertbarkeit entscheidend	317
C. Stellungnahme	318
I. Die Irrelevanz einer vorherigen gerichtlichen Überprüfung	318
II. Hypothetische Erlangbarkeit der Information mit steuerlichen Befugnissen entscheidend	320
III. Bedeutung für die in Rede stehenden Bankenverfahren	321
8. Kapitel: Schlußbetrachtung	323

Anhang	325
Literaturverzeichnis	333